ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kittel, Walter

Article — Digitized Version

Das neue Programm für langfristige Zusammenarbeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kittel, Walter (1976) : Das neue Programm für langfristige Zusammenarbeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 3, pp. 123-128

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134925

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR

Das neue Programm für langfristige Zusammenarbeit

Walter Kittel, Bonn

Der Verwaltungsrat der Internationalen Energieagentur (IEA) [1]) hat in einer Sitzung Anfang März 1976 ein Programm für eine langfristige Zusammenarbeit verabschiedet. Norwegen, das einen Sonderstatus in der IEA hat, wird die Entscheidung über seinen Beitritt erst später treffen. Das Bundeskabinett hatte den Programmentwurf bereits am 27. Januar dieses Jahres gebilligt.

In weniger als zwei Jahren seit der Energiekonferenz von Washington im Februar 1974 kann die energiepolitische Zusammenarbeit von 18 OECD-Ländern nunmehr eine durchaus eindrucksvolle Liste von substantiellen Aktivitäten vorweisen. Angesichts der Neuartigkeit dieser Form der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich und der in internationalen Gremien sonst üblichen langwierigen Entscheidungsprozesse sind die nunmehr in der IEA erreichten Ergebnisse durchaus bemerkenswert.

Das Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm (IEP) vom 18. November 1974 ist nach Ratifizierung durch die Mehrzahl der Mitgliedsländer am 19. Januar 1976 förmlich in Kraft getreten. Der Deutsche Bundestag hatte das IEP bereits am 24. April 1975 einstimmig gebilligt [2]).

Die Komplexe „gemeinsame Verteilung des Öls im Krisenfalle (oil sharing)" und „Informationssystem über den internationalen Ölmarkt" sind bereits im IEP selbst festgelegt und inzwischen einsatzbereit bzw. in Aktion getreten. Auch bei dem dritten Schwerpunkt des IEP, der Zusammenarbeit mit den Ölproduzentenländern und den übrigen Ländern der Dritten Welt auf dem Energiesektor, hat die Agentur bereits in den vergangenen Monaten eine erhebliche Rolle gespielt. Sie ist eine wichtige Plattform der Industrieländer zur Koordinierung ihrer Haltung in der Konferenz über internationale Zusammenarbeit, kurz „Dialog" genannt, der im November 1975 in Paris mit der Dritten Welt vereinbart wurde. Mit dem neuen Programm für langfristige Zusammenarbeit sind jetzt auch in dem vierten Komplex des IEP wichtige Fortschritte erreicht worden.

Die mit dem Programm für langfristige Zusammenarbeit eingeschlagenen Wege bedürfen der Erläuterung, zumal die Vorarbeiten an dem Programm in der Öffentlichkeit gelegentlich einseitig als eine Auseinandersetzung über die Frage gewertet wurden, ob es eine Preisschwelle für eingeführtes Erdöl, den sogenannten Mindestschutzpreis (MSP) geben sollte oder nicht. Das jetzt feststehende Programm macht klar, daß der MSP von 7 $/barrel (159 l) zwar *ein* wesentliches Element im Rahmen der Zusammenarbeit ist, daß das Programm daneben aber andere wichtige Optionen enthält, die auf lange Sicht mindestens ebenso bedeutsam sein können – und es hoffentlich sein werden – wie der MSP. Diese Optionen betreffen insbesondere die Erleichterung der konkreten Zusammenarbeit bei der Entwicklung zusätzlicher Energie und die Förderung der Funktionsfähigkeit der Energiemärkte.

Fünf Hauptkapitel

Kapitel I des Programms hebt als allgemeine Ziele hervor: erstens die Verminderung der Abhängigkeit der Gruppe der IEA-Länder von importiertem Erdöl und zweitens die Stabilisierung und verbesserte Funktionsfähigkeit des Welterdölmarktes.

Kapitel II verpflichtet zu Anstrengungen auf dem Gebiet der Energieeinsparung, insbesondere durch Aufstellung von Energieeinsparzielen, durch regelmäßige Überprüfung dieser Ziele und der nationalen Anstrengungen im Rahmen systematischer

[1]) Mitglieder sind die EG-Länder außer Frankreich, die USA, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien und die Türkei.

[2]) Vgl. Dieter Schmitt: „Internationale Energieagentur – von der Konfrontation zur Kooperation", in: WIRTSCHAFTSDIENST, 55. Jg. (1975), H. 5, S. 248 ff.

Walter Kittel, 44, ist Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung III D – Allgemeine Fragen der Energiepolitik, Umweltschutz – des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn.

Länderprüfungen. Die erste dieser Überprüfungen hat auf einer vorläufigen Basis bereits im vergangenen Jahr stattgefunden. Sie hat u. a. z. B. den Widerspruch zwischen den Intentionen der US-Administration und den tatsächlichen Beschlüssen des Kongresses aufgezeigt und z. B. deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik zwar keine perfektionierten administrativen und gesetzlichen Regelungen, wohl aber eindrucksvolle Sparergebnisse vorweisen kann, nicht zuletzt als Folge einer Politik, die die Marktkräfte wirken läßt.

Kapitel III ist auf die beschleunigte Entwicklung alternativer Energiequellen gerichtet. Nur einer von vier Abschnitten dieses Kapitels ist dem MSP gewidmet, der allerdings im Hinblick auf seine politische Bedeutung und seine ökonomische Aufgabe zentraler Bereich ist. In gewisser Weise ist er mit der Ölverteilung im Krisenfall vergleichbar, d. h. er stellt eine Vorsorgemaßnahme dar, die bei „normaler" Entwicklung nicht zum Tragen kommt, deren Vorhandensein aber dazu beiträgt, den Extremfall möglichst zu verhindern und – falls er dennoch eintritt – zu meistern.

MSP: Auslöseschwelle für Schutzmaßnahmen

Um es ganz deutlich zu sagen: Der MSP ist kein Mindestpreis im Sinne einer staatlichen Preiskontrolle. Die deutsche Delegation hat dies in den Verhandlungen klargestellt. Er stellt weder ein Preisangebot noch eine Preisgarantie der Verbraucherländer an die traditionellen Ölförderländer dar. Er ist ohne Bezug zu den Produktionskosten der traditionellen Ölförderländer; diese liegen bekanntlich nach wie vor sehr erheblich noch unter den Ölpreisen von weniger als 2 $/b fob, die *vor* den abrupten und massiven Preiserhöhungen des Winters 1973/74 galten. Andererseits liegen die heutigen Ölpreise mit rund 11 $ fob arabischer Golf trotz der gegenwärtigen Ausnutzung der Förderkapazität der OPEC-Länder zu nur 75 % noch weit über dem Niveau des MSP. Der Umstand, daß es der OPEC selbst in der jetzigen weltweit ungünstigen Absatzlage im Herbst 1975 gelungen ist, die Preise um 6–10 % anzuheben, zeigt, wie wenig eine Annäherung der Ölpreise an den MSP in Sicht ist. Solange es im Interesse Saudi-Arabiens und anderer arabischer Golfländer liegt, den Löwenanteil des Nachfragerückgangs durch Produktionsrücknahmen aufzufangen, solange dürfte die Basis des OPEC-Kartells relativ zuverlässig sein. Würde dagegen die bei Kartellen üblicherweise erforderliche Quotenregelung, d. h. Produktionsquoten für die einzelnen Förderländer, eingeführt werden müssen, um das Angebot der Nachfrage anzupassen, käme das Kartell zweifellos in eine schwierige Lage.

Der MSP ist schlicht die Auslöseschwelle für Maßnahmen zum Schutz von Investitionen in alternativen Energien gegen zweierlei, ganz unterschiedliche Arten von Risiken:

☐ erstens gegenüber einem gezielten, gegebenenfalls punktuellen und zeitlich befristeten „dumping", das die auf Verminderung der Abhängigkeit gerichteten Investitionen der Verbraucherländer negativ beeinflussen soll und

☐ zweitens gegenüber möglicherweise nur temporären Preiseinbrüchen, die im Fall eines Auseinanderbrechens des Kartells auftreten könnten. Ohne staatliche Maßnahmen wären in einem solchen Fall wirtschaftliche Distorsionen und Kapitalfehlleitungen bei den Industrieländern die Konsequenz.

Beide Fälle sind derzeit nicht akut und werden es vielleicht niemals werden, das Programm will hier aber Vorsorge treffen.

Bestimmung des MSP-Niveaus

Die Agentur hatte sich bereits am 20. März 1975 auf das Prinzip eines MSP verständigt, dessen Aufgabe die Ermutigung und der Schutz neuer Investitionen im wesentlichen Teil, dem „bulk", konventioneller alternativer Energien sein sollte. Eingehende Prüfungen haben ergeben, daß der 7 $-Preis tatsächlich unter gegenwärtigen Voraussetzungen die große Masse der Investitionen in konventionellen Energien deckt. Er deckt den wesentlichen Teil des Nordsee- und Alaskaöls; er deckt die Elektrizitätserzeugung auf Kernenergiebasis, obwohl hier recht erhebliche Unterschiede in der Einschätzung der Kosten bestehen. Er deckt aber nicht alle alternativen Energien. In gewissem Umfang ist das MSP-Niveau letztlich ein politischer Kompromiß zwischen den auf ein höheres Niveau gerichteten Wünschen der Förderländer der IEA und den auf ein möglichst niedriges Niveau gerichteten Vorstellungen der Verbraucherländer innerhalb der IEA-Gruppe.

Wichtig ist, daß der MSP nicht unabhängig von der Entwicklung der Weltwirtschafts- und Weltenergielage nach oben angepaßt wird. Es wurde mit Bedacht eine regelmäßige Überprüfung nach operationellen, d. h. unmittelbar zum Handeln verpflichtenden Kriterien vermieden; Entscheidungen über eine Veränderung des MSP-Niveaus können nur einstimmig getroffen werden. Fest steht auch, daß zumindest im laufenden Jahr keine Überprüfung des jetzt festgelegten Niveaus eingeleitet werden wird. Sowenig die Industrieländer bereit sind, einer Indexierung der Weltölpreise zuzustimmen, so sehr haben sie es auch vermieden, beim MSP für eine solche Indexierung ein Beispiel zu geben.

Hinsichtlich der Gewährleistung des MSP sieht das Programm die Wahl zwischen handelspolitischen Maßnahmen (feste oder variable Einfuhrabgabe

bzw. Einfuhrkontingente) und – soweit mit dem allgemeinen Ziel der Ermutigung und Sicherung neuer Investitionen vereinbar – einer internen Verbrauchssteuer vor.

Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, sich im voraus auf eine dieser Maßnahmen festzulegen. Lediglich für den Fall einer durch die Analysen des IEA-Sekretariats untermauerten Erwartung, in einer nahen Zukunft werde das MSP-Niveau unterschritten, kann der Verwaltungsrat der Agentur initiativ werden. Er kann diejenigen Länder, die dann noch kein geeignetes einsatzbereites Instrumentarium haben, auffordern, die notwendigen gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen zu treffen.

Diese Regelung trägt insbesondere den Gegebenheiten der teilnehmenden EG-Länder Rechnung. Für sie scheiden nämlich die handelspolitischen Maßnahmen aus, weil diese in die ausschließliche Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft für Handelspolitik fallen. Hier verhindert die französische Abstinenz gegenüber der IEA z. Z. Gemeinschaftsentscheidungen.

Eine interne Verbrauchssteuer kann dagegen zumindest nach der deutschen Verfassung, aber auch nach den Regelungen des EWG-Vertrages und des GATT weder heimisches Erdöl noch Erdöl aus dem IEA-Raum von der Besteuerung ausnehmen. Die Schutzwirkung, die durch eine interne Verbrauchssteuer bewirkt werden kann, ist also begrenzt und insbesondere für die europäischen Ölförderländer der IEA-Gruppe nicht voll zufriedenstellend, weil sie keine Präferenz für das Nordseeöl schaffen kann. Aus diesem Grunde wurde vorgesehen, daß eine solche Maßnahme nur subsidiär im Verhältnis zu handelspolitischen Maßnahmen zum Zuge kommt. Hier wird also ein bemerkenswerter Sachzwang zu einer ausfüllenden EG-Lösung wirksam.

Sonderlösung für Mineralölprodukte

Eine Reihe von Fragen zum MSP werden erst nach einer vertieften technischen Prüfung im Rahmen der zuständigen Gruppe für langfristige Zusammenarbeit entschieden werden. Dazu gehört in erster Linie die Frage der Behandlung der Mineralölprodukte. Zunächst wurde lediglich vorgesehen, leichtes und schweres Heizöl einzuschließen, auf die der Löwenanteil der Produkteneinfuhr der IEA-Gruppe aus Nicht-IEA-Ländern entfällt (im Jahre 1973 166 Mill. t im Vergleich zu 896 Mill. t Rohöleinfuhr).

Ob daneben auch leichte Produkte, d. h. insbesondere Benzin und Naphta, einbezogen werden, wird

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Wolfgang Crinius, Wolfgang Schaft

TEILZEITBESCHÄFTIGUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Eine Untersuchung in den Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Möglichkeiten einer erweiterten Teilzeitbeschäftigung und ihre Probleme stießen in den letzten Jahren auf zunehmendes Interesse in der Öffentlichkeit. Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit Fragen der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst Hamburgs. Die empirisch gewonnenen Ergebnisse der Analyse enthalten jedoch über den konkreten Anwendungsfall hinaus Hinweise für andere öffentliche Arbeitgeber.

Großoktav, 263 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 38,– ISBN 3-87895-140-6x

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

davon abhängen, ob es gelingt, die Anwendung des MSP auf den energetischen Bereich zu begrenzen und insbesondere seine Erstreckung auf die Petrochemie zu vermeiden. Deutscherseits ist in den Verhandlungen dafür eingetreten worden, daß ein MSP-System so einfach wie möglich im Hinblick auf seine Anwendung sein muß. Da es kein auf den Normalfall gerichtetes Instrument ist, kommt auch die Einrichtung eines komplizierten, etwa der europäischen Agrarpolitik entlehnten Systems nicht in Betracht. Wettbewerbsnachteile innerhalb der IEA für die Petrochemie können im Falle eines Falles im Grunde nur durch zwei Methoden verhütet werden. Die eine ist tatsächlich die Methode der Europäischen Agrarpolitik, bei der auch die Einfuhr der auf den petrochemischen Rohstoffen aufbauenden Folgeprodukte mit einer ihrem Rohöläquivalent entsprechenden Abgabe belegt werden würde, d. h. die auf Rohölbasis hergestellten Düngemittel, Kunststoffe und Pharmazeutika hätten eine Ausgleichsabgabe zu tragen. Die andere – deutscherseits vertretene – Methode ist, die MSP-Belastung der in den IEA-Mitgliedsländern aus Rohöl erzeugten Ausgangsprodukte der Petrochemie zurückzuerstatten und damit Wettbewerbsnachteile gegenüber nicht aus den IEA-Ländern importierten Folgeprodukten auszuschließen und so den petrochemischen Bereich vom MSP auszunehmen. Ein solches Vorgehen würde zugleich Wettbewerbsnachteile gegenüber Nicht-IEA-Ländern vermeiden.

Ebenfalls noch nicht entschieden ist, wie der 7 $-Preis im einzelnen berechnet werden soll (repräsentative Rohöl-Qualität, z. B. arabian light fob arabischer Golf oder gewogenes Mittel einer Vielzahl von Rohöl-Qualitäten nach den Einfuhren der Gruppe als Ganzes oder des einzelnen Landes). Bei beiden Komplexen ist Prüfung bis 1. Juli 1976 vorgesehen.

MSP-Anwendung erst nach Konsultation

Die Auslösung des MSP wird nach den für das einzelne Land relevanten Einfuhrpreisen erfolgen. Wichtig ist die Regelung, nach der in jedem Falle – unberührt von der Verantwortung des einzelnen Landes, seine Verpflichtungen zu erfüllen – vor der Auslösung durch ein einzelnes Land eine Konsultation auf Ebene des Verwaltungsrates der Agentur stattfindet, damit Gelegenheit gegeben ist, die statistischen Ausgangsdaten zu objektivieren und die politischen Implikationen zu diskutieren. Eine solche Konsultation hält insbesondere die Bundesregierung für unerläßlich wegen der politischen Bedeutung insbesondere des ersten Anwendungsfalles des Systems.

Insgesamt ist der MSP ein Instrument, das in erster Linie im Sinne der Energieproduzentenländer der IEA-Gruppe liegt. Er muß daher im Gesamtzusammenhang des Programms für langfristige Zusammenarbeit und des Internationalen Energieprogramms gesehen werden. Allerdings kann er auch – für sich alleine betrachtet – für die deutsche Energieversorgung gewisse Vorteile bringen, wenn Länder wie insbesondere die USA, Großbritannien und Norwegen unter seinem Schirm verstärkt zusätzliche Energien entwickeln und damit die Gesamtabhängigkeit der Verbraucherländer von importiertem Rohöl aus den traditionellen Lieferländern mindern und die Weltenergiemärkte entlasten helfen. Schließlich ist zu erwarten, daß in einer absehbaren Zukunft mit deutscher Beteiligung zusätzliche Kooperationsprojekte zustande kommen, die dann auch aus dem MSP Nutzen ziehen könnten.

Faire Balance der Interessen

Das Bundeskabinett hatte schon im März 1975 für die deutsche Verhandlungsposition in der IEA die Ausrichtung gegeben, daß der MSP nur unter der Voraussetzung einer befriedigenden Balance mit der Entwicklung konkreter Zusammenarbeit und ebenfalls befriedigender Fortschritte beim freien Zugang zu Energieprojekten und -produkten im IEA-Raum für uns annehmbar ist. Diese Balance besteht jetzt.

Für die Zusammenarbeit bei spezifischen Projekten sind Leitlinien entwickelt worden, die ebenfalls im Kapitel III über die Entwicklung alternativer Energien Aufnahme gefunden haben. Diese Leitlinien enthalten das politische Engagement der Regierungen der Mitgliedsländer, Kooperationsprojekte zu fördern, an denen private Unternehmen oder staatliche Institutionen aus zwei oder mehr Ländern aus freier Entscheidung teilnehmen. Das Engagement bezieht sich auf die Gewährung der Inländerbehandlung ebenso wie der Meistbegünstigung und auf die Vermeidung der Einführung neuer Beschränkungen. Darüber hinaus ist es auf die Zurverfügungstellung guter Dienste bei der praktischen Durchführung der Projekte, die Vermeidung der Einführung von Beschränkungen des freien Austausches von Fachkräften und die Nichtbehinderung der zugehörigen Finanztransaktionen gerichtet. Weitere Punkte sind die Berücksichtigung der Kooperationsprojekte bei einer Änderung der Steuer- und Produktionspolitiken sowie die Vermeidung neuer Maßnahmen, die zu einer Änderung an den Anteilen, den die Unternehmen anderer Mitgliedsländer an diesen Projekten halten, führen könnten.

Weitergehende Anstrengungen haben sich die IEA-Mitgliedstaaten hinsichtlich gemeinsamer Großprojekte vorgenommen. Hier haben sie sich gebunden, jeweils Garantien in Betracht zu ziehen, die das Recht auf Exporte in die Heimatländer der Teilnehmer in einem Maße gewährleisten, das ihrem

Anteil am Projekt entspricht. Außerdem streben die Gastländer an, den Angehörigen und Gesellschaften anderer IEA-Mitgliedsländer ähnliche Anreize zu gewähren wie ihren eigenen Staatsangehörigen und einheimischen Gesellschaften.

Diese Leitlinien enthalten zwar keine rechtlichen, aber klare politische Bedingungen und Absichtserklärungen; die über diese Richtlinien geführten außerordentlich schwierigen Verhandlungen zeigen, daß diesen Leitlinien auch seitens der Produzentenländer der IEA-Gruppe eine politisch richtungweisende Wirkung zuerkannt wird.

Zur Identifizierung und technisch administrativen Förderung des Zustandekommens konkreter Projekte wurde über die Leitlinien hinaus vorgesehen, daß die Agentur eine Art „clearing house function" ausüben soll. Man wird diese Funktion nicht überschätzen dürfen, denn die betreffenden Unternehmen, zumindest der Bundesrepublik, haben im allgemeinen einen guten Überblick über konkrete Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der einschlägigen Energien.

Die IEA-Mitgliedsländer haben im übrigen ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, bis zum 1. Januar 1977 eine erste Serie konkreter Kooperationsprojekte zu entwickeln, die solche mit niedrigen Kosten und — soweit dies gerechtfertigt ist — auch solche mit höheren Kosten einschließen soll. Zur Zeit ist noch nicht zu übersehen, welche Projekte angeboten werden.

Richtungsweisende Optionen

In diesem Zusammenhang ist auch Kapitel V des Programms zu sehen, in dem sich die IEA-Mitgliedsländer verpflichten, auf die Identifizierung und den Abbau von legislativen und administrativen Hemmnissen hinzuwirken, soweit sie die allgemeinen Ziele des Programms für langfristige Zusammenarbeit behindern. Zugleich werden sich die Länder bemühen, ihre gegenwärtige Gesetzgebung und ihre derzeitigen Verwaltungsregelungen in einer Weise anzuwenden, die Staatsangehörigen anderer IEA-Mitglieder, insbesondere im Hinblick auf Energieinvestitionen und Energiehandel, keine ungünstigere Behandlung zuteil werden läßt als ihren eigenen Staatsangehörigen. Außerdem haben sich die IEA-Länder politisch gebunden, alle Anstrengungen zu unternehmen, künftig Gesetze oder Verwaltungsregelungen zu unterlassen, die auf eine weniger günstige Behandlung von Angehörigen anderer Mitgliedstaaten gegenüber ihren eigenen Staatsangehörigen hinausliefen.

Leider hat sich Kanada nur zu einer allgemein gehaltenen good-will-Erklärung, nicht aber zu einer Annahme des Kapitels V entschließen können. Die besondere nordamerikanische Situation mag dabei eine Rolle gespielt haben. Die Partner Kanadas haben diese Distanz in der Erwartung akzeptiert, daß sich die konkrete Zusammenarbeit dennoch positiv weiterentwickeln wird, so daß Kanada im Lichte der Erfahrungen seine Haltung eines Tages revidieren werde. Wichtig ist, daß Kanada sich bereit gefunden hat, sich der Überprüfung seiner Politik im Hinblick auf die Erfüllung der Kriterien des Kapitels V zu stellen.

Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung

Der Bereich von Forschung und Entwicklung — Kapitel IV des Programms — ist eine wichtige Ergänzung der Anstrengungen zur Entwicklung konkreter zusätzlicher Energie. Drei Ansatzpunkte sind hervorzuheben:

☐ Die Koordinierung und Konsultation nationaler Maßnahmen auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung.

☐ Die Zusammenarbeit bei der konkreten Durchführung gemeinsamer Programme, u. a. auf den folgenden Gebieten: Nutzung der Prozeßwärme von Hochtemperaturreaktoren, kleine Sonnen-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

DEMNÄCHST ERSCHEINT

Franz Jürgen Jägeler

NATÜRLICHE ROHSTOFFE IM SUBSTITUTIONSWETTBEWERB

Das Beispiel des Naturkautschuks

Großoktav, 279 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 43,— ISBN 3-87895-141-8

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

energiesysteme, Erdwärme, Wind- und Gezeitenenergie.

☐ Verabschiedung von Leitprinzipien der Zusammenarbeit im Forschungs- und Entwicklungsbereich und von Leitlinien für das Urheberrecht im Zusammenhang mit den gemeinsam erarbeiteten Ergebnissen.

Kompatibilität von EG und IEA

Das Programm für langfristige Zusammenarbeit hat wichtige Bezüge zur heimischen Energiepolitik, zur europäischen Energiepolitik und zum Dialog mit der Dritten Welt.

Eine besondere Problematik ergibt sich daraus, daß Frankreich nicht Mitglied der IEA ist. Da die EG-Kommission aber von Anfang an ihre traditionelle Rolle in der OECD als ein Beobachter, der sich in eigener Verantwortung äußert, auch in der IEA übernommen hat, und da die EG-Mitgliedstaaten vor nahezu allen IEA-Sitzungen Koordinierungssitzungen unter Einschluß Frankreichs halten, war und ist Frankreich über alle Vorgänge in der IEA minuziös unterrichtet. Die Bundesregierung hat europäische und internationale Energiepolitik stets als zwei Arbeitsfelder, die im Grunde dem gleichen Zwecke, der Zusammenarbeit der Energieverbraucherländer, dienen und deren Kompatibilität gewahrt werden muß, angesehen. Der Weg für einen etwaigen späteren Beitritt der Europäischen Gemeinschaften zu dem Übereinkommen über ein Internationales Energieprogramm und für ein eigenes MSP-System der EG ist offengehalten. Der Europäische Rat von Rom am 1. und 2. Dezember 1975 und der anschließende EG-Ministerrat vom 9. Dezember haben den Weg dazu geöffnet, daß die EG-Kommission kurzfristig Vorschläge für neue Maßnahmen der Gemeinsamen Energiepolitik vorlegen konnte, die auch ein MSP-System einschließen.

Im Zusammenhang mit dem Niveau des MSP sollte man vor Augen haben, daß die deutsche Zustimmung zu 7 $ ein entscheidender Beitrag für Fortschritte in der gemeinsamen EG-Energiepolitik war. Der Europäische Rat von Rom hatte als wichtigste Frage die Rolle der Gemeinschaft im Dialog mit der Dritten Welt zu lösen. Der schließlich erreichte Kompromiß, auf dessen Grundlage Großbritannien darauf verzichtete, mit einer eigenen Delegation an den Verhandlungstisch zu gehen, basierte wesentlich auf diesem deutschen Zugeständnis.

Frankreich hat sich der Vorlage neuer Vorschläge der EG-Kommission zu einem EG-MSP nicht widersetzt, aber bisher eine prinzipielle Zustimmung zu einem solchen System nicht zu erkennen gegeben. Die nun in der IEA erzielten Ergebnisse geben zusätzliche Anstöße, in der gemeinsamen Energiepolitik Fortschritte zu erzielen. Wichtig ist allerdings, daß die Kommission die begonnene sehr nüchterne Analyse der tatsächlichen Möglichkeiten zur Produktion zusätzlicher Energie in der Gemeinschaft fortsetzt. Ohne Zweifel bietet die wirtschaftliche Integration in der Gemeinschaft die Chance, unter den Neun enger zusammenzuarbeiten als im OECD-Rahmen und zugleich mit einer Stimme auch in der IEA zu sprechen. Der Schlüssel dafür liegt bei Frankreich.

Die Zusammenarbeit der Verbraucherländer ist kein Widerspruch zum Dialog zwischen Industrieländern und der Dritten Welt. Das Programm für langfristige Zusammenarbeit ist in seiner jetzigen Form zugleich ein Beitrag der Industrieländer zu einer stabileren Energieversorgung der Welt. Die Ölländer selbst haben immer wieder eine rationellere Energieverwendung, die Schonung ihrer Ressourcen und die Entwicklung eigener Ressourcen der Verbraucherländer gefordert.

Zugleich muß man aber auch sehen, daß Fortschritte und Kompromisse in dem begonnenen Dialog und in den schwierigen Diskussionen in der Energiekommission der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit auch von der Glaubwürdigkeit der Zusammenarbeit der Industrieländer untereinander abhängen. Das neue Programm und die Anstrengungen, die zu seiner Durchführung unternommen werden, werden insofern ein Maßstab sein.

Bewährungsprobe steht noch aus

Die Perspektiven für das Programm für langfristige Zusammenarbeit sind positiv, weil es auf der Interessenparallelität der IEA-Länder aufbaut. Das Programm bedarf nun der Umsetzung in die Wirklichkeit und der Ausfüllung. Neue Bereiche werden in Angriff genommen werden; sektorale Programme, z. B. im Bereich der Kernenergie und der Kohle, sind vorgesehen. Das Jahr 1976 wird insofern ein Jahr der Konsolidierung und des Tests sein. Seine Ergebnisse werden weniger spektakulär sein. Erst die noch ausstehenden Beschlüsse, etwa zu den technischen Details des MSP und zur Ausarbeitung konkreter Kooperationsprojekte, werden zeigen, ob die jetzt gefundene Balance zwischen dem MSP einerseits und der Teilhabe der Verbraucherländer der IEA-Gruppe an den IEA-Ressourcen insgesamt ein dauerhaft fairer Kompromiß ist. Dabei werden alle Länder den Zusammenhang, der über das neue Programm hinaus zu den anderen großen Säulen der Verbraucherzusammenarbeit im Rahmen des Übereinkommens über ein Internationales Energieprogramm (vgl. oil sharing etc.) besteht, im Auge behalten. Alle Beteiligten werden gut daran tun, den Erwartungshorizont realistisch zu setzen. Die Parallelität der Interessen wird zugleich die Grenze des Erreichbaren anzeigen.